

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Heimblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Preis: Im Einzelnen 10 Pf. und halbjährlich 5 Mk. 50 Pf. | Anzeigerpreis: Die einspaltige Zeile über dem Raum Grundzahl Nr. 45, Grundzahl einer Reklamestelle 100 Zeilen der Zeitung, halbjährlich 10 Mk. 50 Pf. | Fernsprechnummer: 1150. Diese Grundzahlen sind mit der Schlüsselzahl 600 000 zu multiplizieren bei Bestellung nach Art

Nr. 244.

Altensteig, Donnerstag den 18. Oktober.

Jahrgang 1928

Halten Sie Ihrem Heimatblatt die Treue

und bestellen Sie sofort die Schwarzwälder Tageszeitung Aus den Tannen für November.

Bayern und Sachsen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entwicklung, die in Bayern eingeleitet und in Sachsen die von Anbeginn zu wartende Gegenwirkung ausgelöst hat, gegenwärtig in mehr als einer Beziehung in ein entscheidendes Stadium getreten ist. Der erste Schritt in dieser Richtung wurde bekanntlich in München getan, als man dort Herrn von Raahr zum Generalkommissar berief, und den zweiten Schritt bedeutete die Übertragung der gesamten Exekutivgewalt auf den Reichswehrminister Dr. Gessler. Es unterlag keinem Zweifel, daß diese zweite Maßnahme bestimmt war, die vorangegangene gleichsam aufzuheben und zu kompensieren. Seitdem haben sich diese Dinge dann folgerichtig ausgewirkt, indem man erstens in Bayern erwiderte, daß Herr von Raahr als „starker Mann“ die gehobten Erwartungen nicht ganz zu erfüllen und vor allem der herrschenden Teuerung kein Ende zu bereiten vermochte, und indem zweitens sich das Reich naturgemäß als übergeordnete Instanz mit seiner eigenen Verordnung durchzusetzen suchte, was vor allem in Sachsen, weiterhin aber auch in Thüringen Widerstände auslöste. Diese Widerstände sind zum Beispiel in sehr instruktiver Form in dem Regierungsprogramm in Erscheinung, das dort Kommunisten und Sozialdemokraten als Basis für ihre soeben gebildete gemeinsame Regierung aufgestellt haben. Neuerdings liegen nun aber besonders zwei Tatsachen vor, die geeignet sind, die Diskussion über das Verhältnis der Länder zum Reich in Gang zu bringen.

Auf der einen Seite hat sich der General von Lossow, als er das vom Reichswehrminister Dr. Gessler ergangene Verbot des „Bölkischen Beobachters“ an Herrn von Raahr weitergab, hinsichtlich der Durchführung dieses Verbotes nicht durchzusetzen vermocht, und damit ist ein „harter und unabweisbarer Befehl“ des direkten Vorgesetzten des bayerischen Generals, Dr. Gessler, unausgeführt geblieben. Was selbstverständlich so nicht bleiben kann. Auf der anderen Seite ist das sächsische Wehrkreiskommando IV mit einem Verbot der proletarischen Hundertkämpfer vorgegangen. Beide Tatsachen ergeben aber zusammen einen Sachverhalt, der im Interesse des Reiches nach Klärung drängt. Wie immer man auch, sei es zu Sachsen, sei es zu Bayern steht, eines dürfte doch unbestreitbar sein: was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein, und das Reich muß schon allein im Interesse seiner Autorität vollkommen paritätisch operieren.

Es kann niemanden daran liegen, an den heutigen Verhältnissen in Bayern einseitig Kritik zu üben. Der Reichsgedanke schließt ein eigenes Leben der Länder nicht nur nicht aus, sondern er will dieses Leben sogar fördern. Andererseits verhalten sich die Länder zum Reich aber auch wie die Glieder zum ganzen Körper; sie können nicht gut ein Sonderleben führen. Wenn in Sachsen die proletarischen Hundertkämpfer ausgehoben werden sollen, so erhebt sich unwillkürlich die Frage nach den nationalstaatlichen Verhältnissen in Bayern. Alles was politisch heute bei uns geschieht, all unser Sinnen und Trachten steht unter dem ehernen Gebot, uns das Reich zu erhalten. Es geht nicht länger mehr an, daß die Länder erstens gegeneinander und dann auch noch gegen das Reich arbeiten, und das geschieht, solange dem Reich nicht in allen seinen Teilen sein Recht wird.

Dazu liegen noch folgende bezeichnende Meldungen vor:

München, 17. Okt. Der Generalkommissar von Raahr verbietet durch einen Erlaß jede kommunistische Propaganda unter der Jugend. Kommunistische Jugendorganisationen werden aufgelöst und den Schülern aller öffentlichen und privaten Lehranstalten die Teilnahme an kommunistischen Vereinigungen und Veranstaltungen verboten. Ebenso verboten ist jede kommunistische Arbeitstätigkeit in den Schulen und gegenüber Schülern. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe und Geldstrafen in unbefristeter Höhe bestraft. Dieselbe Strafe trifft auch Eltern und andere Erziehungs-berechtigte, die wissenschaftlich dulden, daß ihre Kinder oder Angehörigen solchen verbotenen Vereinen angehören.

Die Rentenmark.

Der Kernpunkt der neuen Maßnahmen ist, daß die Reichsbank die Diskontierung von Forderungswertungen des Reiches einstellt. Das Reich, dessen Währungsgeber die Länder und Gemeinden sind, darf also künftig nicht mehr sein Defizit durch künstliche Geldmacherei durch Inflation auf Kosten der Volkswirtschaft decken. Es muß seine Ausgaben radikal einschränken, und zwar insoweit, daß die Deckung vollständig aus den laufenden Steuern und Betriebseinnahmen erfolgen kann. Für die Übergangszeit wird dem Reich ein auf die Höchstsumme von 1200 Millionen fest begrenztes Darlehen in der neuen Rentenmark gewährt. Damit dann aber Schluß! Und ebenso gibt es auch für die Privatwirtschaft keine billigen Papiermark-Kredite mehr, bei denen der Schuldner auf die Baiffe der Mark spekuliert und durch die Geldentwertung Sondergewinne erzielt. Denn künftig werden Gelder nur in Rentenmark ausgeteilt werden, und die ist wertbeständig. Mit der Ausschaltung jeglicher Inflationsmöglichkeit steht und fällt das Schicksal der Währungsreform. Es wird härtere Energie des Reichsfinanzministers bedürfen, um jede Versuchung abzuwehren, und Härten werden unvermeidlich sein. Da aber Baluta-Renaufbau, Ausgleich des Volks- und Staatshaushaltes und Rettung der deutschen Volkswirtschaft vor drohendem Untergang in engstem Zusammenhange auf einer Linie der Entwicklung stehen, so werden wir alle der Reichsregierung beifend zur Seite stehen müssen, wenn sie in den nächsten Wochen die laufende Mordmaschine der Inflation, die Notenpresse der ungedeckten Papiermark, endgültig zum Stillstand bringt.

Der Entschluß, die Währungsreform auszuheben zu lassen von der Einstellung des inflatorischen Notendruckes ist die Hauptsache des währungspolitischen Programms. Alles andere ist nur praktische Ausführung, geleitet von Grundsätzen der Zweckmäßigkeit, der Währungstechnik. Nach mandem Hin und Her, nach eingehender Prüfung verschiedenster Projekte hat das Reichskabinett doch den Weg beschritten, der schon seit Wochen in Aussicht genommen war, die „Zwischenlösung“ im Sinne der Pläne von Helfferich und Hesse, die Einführung eines wertbeständigen Zahlungsmittels, gedeckt durch Schuldverschreibungen auf Grundbesitz und Anlagkapital der deutschen Wirtschaft, um eine angemessene Übergangszeit für die Wiederherstellung einer tatsächlichen Goldwährung zu gewinnen. Das Wesentlichste ist, daß zunächst einmal ein wertbeständiges Zahlungsmittel herauskommt, dessen Stabilität kontraktuell einwandfrei gesichert ist. Die Goldwährung selbst, zu der wir als wirtschaftliche Großmacht unter allen Umständen zurückkehren müssen, wird dann in ruhiger Ueberlegung, frei vom Druck augenblicklicher Not, auszubauen sein.

Die Einzelheiten des jetzt getroffenen Beschlusses in der Währungsfrage weichen von dem früher bekannten Projekt nur in wenigen Punkten ab. Zunächst ein paar Unterschiede in der Bezeichnung: Statt „Währungsbank“ heißt es endgültig „Rentenbank“, statt „Neumark“ endgültig „Rentenfennig“. Ferner ist in der währungsrechtlichen Formulierung eine kleine, praktische belanglose Änderung getroffen, insofern als die Eigenschaft des geschuldeten Zahlungsmittels bei der nunmehr stabilisierten Papiermark verbleibt, die ja die „Scheidemünze“ der Rentenmark sein wird, während diese selbst den Charakter eines von allen öffentlichen Kassen anzunehmenden Umlaufmittels tragen wird, wie ihn auch die Reichsbanknoten vor dem Kriege hatten — während damals die Reichskassenscheine geschuldetes Zahlungsmittel waren. Die Papiermark wird also juristisch künftig den Vorkriegs-Reichskassenscheinen, die Rentenmark den Vorkriegs-Reichsbanknoten entsprechen. Die Praxis hat an diesen „Feinheiten“ kein besonderes Interesse. Die Hauptsache ist ihr, daß das große und kleine Geld wieder beständig im Werte bleibt, so daß man auch aufs neue sparen kann, wie denn beispielsweise in Österreich nach der Kronen-Stabilisierung die Sparsparnisse und damit die solide Verneuerung des österreichischen Produktionskapitals erneut lebhaft eingesetzt hat.

Gelingen aber kann das Gesamtvorhaben der Währungsreform nur, wenn zwei Pfeiler das Werk der Erneuerung tragen: Arbeit und Sparsamkeit.

Neues vom Saage.

Vor Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs.

Köln, 17. Okt. Die Besprechungen die in Köln zwischen den deutschen Eisenbahnern und dem englischen Vertreter in der Rheinlandkommission stattgefunden haben, aber ohne jedes Ergebnis verlaufen sind, haben eine Fortführung in Essen und verschiedenen anderen Orten des besetzten Gebiets gefunden. In Essen haben die deutschen Eisenbahnvertreter mit dem Vorsitzenden der französischen Eisenbahnkommission unterhandelt. Aus den Verhandlungen wird bekannt, daß die Franzosen nach wie vor hartnäckig auf ihren unerhörten Bedingungen bestehen, vor allem verlangten sie, daß sich jeder Eisenbahner einzeln in den von ihnen vorgeschriebenen Anmeldebestellen einfindet; auch behält sich die „Regie“ noch die Auswahl unter den sich Meldenden vor. Auch die übrigen Bedingungen, die vor mehreren Tagen bekannt waren, haben die Franzosen nicht fallen gelassen. Die deutschen Eisenbahner haben sich zwar unter dem Zwang der Verhältnisse anscheinend damit abgefunden, den vorgeschriebenen Dienst zu leisten, soweit er nur beruflicher Art ist. Es sind unter den Eisenbahnern starke Strömungen vorhanden, keinesfalls die Arbeit aufzunehmen, wenn nicht die uralten Bedingungen der Franzosen abgeändert werden.

Wiederaufnahme des Postbetriebs im Ruhrgebiet.

Essen, 17. Okt. Wie verlautet, haben die Verhandlungen zwischen der Besatzungsbehörde und der deutschen Postbehörde dazu geführt, daß mit der Wiederaufnahme der Arbeit für heute gerechnet werden kann. Vor einiger Zeit hatte die Postverwaltung schon Vorkehrungen getroffen, um den Betrieb wieder aufzunehmen. Auch die Dortmunder Verhandlungen sollen vor dem Abschluß stehen, so daß in den nächsten Tagen der Postbetrieb dort ebenfalls wieder aufgenommen werden dürfte.

Tschechen und Franzosen.

Paris, 17. Okt. Der tschechische Präsident Masaryk war von Millerand zu Tisch geladen. Im Verlauf des Festessens ergriff der französische Präsident das Wort zu einer Ansprache. Millerand sagte u. a.: Die Erinnerung an die Tage der Trauer und des Ruhmes bilden ein mächtvolles Band zwischen unseren beiden Völkern. Wir haben zusammen gekämpft, gelitten und gehofft und wir haben zusammen triumphiert. Der selbe Sieg, der Elsass-Vorbringen befreit hat, hat auch die Tschechoslowakei freigemacht. Das französische Volk ist stolz, dazu in so hohem Maß beigetragen zu haben. Der in Zentral- und Osteuropa geschaffenen Zustand der Dinge hat keinen aufrichtigeren und entschlosseneren Verteidiger als Frankreich.

Präsident Masaryk erwiderte darauf u. a. folgendes: Wir sind aufrichtig dankbar und werden Frankreich gegenüber immer erkenntlich bleiben. Sie können auf uns in guten wie in schlechten Tagen zählen. Jedesmal, wenn ich seit dem Kriege an die Zukunft Europas dachte, habe ich mir gesagt, nach dem Kriege 1870 hat Europa einen 50jährigen Frieden gehabt; nach dem schrecklichen Weltkriege, der alle Nationen erschöpfte, werden wir eine mindestens ebensoviele Dauer des Friedens haben. Ich persönlich habe die Ueberzeugung, daß er bei weitem länger dauern wird.

Spanien und Italien.

Madrid, 17. Okt. In spanischen Kreisen mißt man dem Besuch, den König Alfons dem italienischen König und Mussolini in Rom abstatten wird, große Bedeutung bei, da man hofft, eine italienisch-spanische Allianz zur Wahrung der Interessen der beiden Länder im Mittelmeer zustande zu bringen.

Es wird weiter geraubt.

Düsseldorf, 17. Okt. Die französischen Besatzungsbehörden haben am 12. d. M. aus der Tageskasse der Reichsbank in Düsseldorf 42 Billionen M. fortgenommen.

Die Ruhrherren.

Essen, 17. Okt. Die Besatzungsbehörden richten sich für einen Daueraufenthalt in Essen ein. Nachdem bereits eine größere Anzahl von öffentlichen Gebäuden, Schulen und private Wohnungen mit rund 4000 Zimmern beschlagnahmt worden sind, ist nunmehr laut „B.Z.“ durch das Besatzungsamt Essen der Antrag auf Bereitstellung von 310 Wohnungen mit insgesamt 1045 Zimmern gestellt worden. Außerdem sind Stallungen für 350 Pferde angefordert worden. Da nicht genug Stallungen vorhanden sind, muß die Stadtverwaltung Neubauten auführen.

Necklinghausen, 17. Okt. Auf der Höhe König Ludwig I und II erschienen Ingenieure der französischen Besatzung in Begleitung von Soldaten und erklärten die Höhe mit den Schachanlagen I bis IV zwecks Übernahme in die französische Verwaltung für beschlagnahmt. Von den Direktoren, Beamten und Arbeitern wurde eine Erklärung verlangt und abgegeben, nach der sie keine Sabotage treiben und mit der Regie im allgemeinen Interesse in friedlichem Einvernehmen arbeiten würden. Die Regelung von Entschädigungsansprüchen sei Sache der beiden Staaten Deutschland und Frankreich. Die Zahlung der Löhne und sonstigen Ausgaben erfolgt vom 11. Okt. ab durch die französische Regie.

Verräterstrafe.

Offen, 17. Okt. General Degoutte hat eine neue Verordnung über den Schutz derjenigen Personen erlassen, die sich den Befehlsgewaltigen zur Verfügung gestellt hatten. Es wird u. a. bestimmt, daß diejenigen Personen, die bei Unruhen Schaden erlitten haben, schriftliche Anträge bei den Befehlsgewaltigen stellen und Entschädigungen erhalten können, die von den Gemeinde- oder Kreisverwaltungen zu zahlen sind.

Um das Arbeitszeit-Gesetz.

Berlin, 17. Okt. Der Reichstag soll am Dienstag oder Mittwoch nächster Woche vor seiner Vertagung auf längere Zeit nochmals zusammentreten, um die schwierige Aufgabe des Reichsarbeitszeit-Gesetzes zu erledigen. Der Regierungsentwurf bildet den Gegenstand von Besprechungen der Vertreter der Gewerkschaften mit der Regierung und gleichzeitig verhandeln auch die Parteiführer der Regierungskoalition über eine Einigung in den von den Sozialdemokraten angegriffenen Punkten der Regierungsvorlage.

Der Goldumrechnungssatz für die Reichssteuer.

Berlin, 17. Okt. Der Goldumrechnungssatz für die Reichssteuer beträgt für die Zeit vom 20.—23. Okt. einschließlich 936 Millionen Papiermark für je 1 Goldmark.

Verhängung des Besetzungszustandes über Mannheim.

Mannheim, 17. Okt. Die Unruhen in Mannheim haben am Mittwoch nicht nur angehalten, es ist vielmehr eine Verschärfung der Lage festzustellen. Die Schießerei dauerte bis gegen Mittag fort. Beim Vorgehen der Bereitschaftspolizei gegen eine Anzahl Demonstranten wurde der Polizeihauptmann Votterode verwundet. Als die Demonstranten über die Straße nach der Redarvorstadt zurückzukehren wollten, wurde ihnen der Weg von den Franzosen versperrt; dabei wurden 50 Personen festgenommen. Der heutige Tag forderte vier bis fünf Todesopfer und zirka vierzehn Verwundete. Einem 24stündigen Generalstreik wurde unter dem Druck der Straße nur teilweise gefolgt. Die Straßenbahn stellte um 10 Uhr ihren Betrieb ein, ebenso die Geschäfte, die noch nicht geschlossen hatten, sowie zahlreiche Wirtschaften. Die Zeitungen sind erschienen. Der badische Minister des Innern hat für das Gebiet der Stadt Mannheim ein einschließliches der Vororte den Ausnahmezustand verhängt. Die Polizei hat in der Redarvorstadt Hausdurchsuchungen nach gefährlichen Waren angestellt.

Im thüringischen Landtag.

Weimar, 17. Okt. In der Sitzung des thüringischen Landtags gab der Abg. Knauer folgende Ministerliste bekannt: Inneres: Staatsminister Herrmann (wie bisher), Finanzen: Hartmann (wie bisher), Justiz: Oberlandesgerichtsrat Krosch von Jena, Volksbildung: Grell (wie bisher), Wirtschaft: Zerner (Kommunist). Im Namen der vier bürgerlichen Parteien erhob Abg. Dr. Reumann (D.Dp.) Einspruch gegen die Ministerliste.

Das lockende Licht.

Roman von Erich Ebenrein.

(6) (Nachdruck verboten.)

Diesel ist verstimmt über das Glück der Schwieger, der Bauer aber sein verlorenes Heu, der alte Großvater Bass und Uppel, der Halsterbus über das ihnen vorenthalte Besper und Seferl und Kathl, die briden Viehmägde darüber, daß ihnen die Bäurin von den vielen übrig gebliebenen Krappfen und sonstigen Herrlichkeiten gar nichts zukommen ließ. Sie haben es wohl gesehen, wie die Stasi bei ihrer Heimkehr geschwind alles verschloß.

Hans aber, der mit seinen hellen blauen Augen und dem gutmütigen Ausdruck in dem markant geschnittenen Gesicht dem Vater fast täuschend ähnlich sieht, denkt verwundert nach, woher in das friedliche Dasein auf einmal solch ein fremder Geist von Unzufriedenheit und allgemeiner Reizbarkeit gekommen ist. Wenn die Martina solch eine glänzende Heirat macht und ihren Bräutigam rechtlichaffen gern hat, dann könnten sie alle doch frohlich sein?

Hans' Gedanken werden unterbrochen durch die plötzliche sehr scharf in die Stille fallenden Worte des Bauers: „Du, Hans, dir hab ich was zu sagen. Das Viehmagel mit der Groß-Heiderbin muß ein Ende haben von heut an. Zwischen dem Verbauernhof und dem Progenbauern am Tullnerstadel ist Freundschaft, merk dir das! Können dich's auch andere hinter die Ohren schreiben...“ ein rascher Blick fliegt zu Diesel hinüber, die geringfügigen den Mund verzieht.

Hans hat die blauen Augen weit aufgerissen vor Erstaunen. Er ist kein Mann des raschen Wortes und braucht eine Weile, bis er's fassen kann: die Rosel wollten sie ihm nehmen.

Dann sieht er schwerfällig auf und sagt langsam: „Don Viehmageln weis ich nichts. Die Rosel hab ich aern

Uebertragen wurde die Postinspektoren in Borch dem Postinspektor Stahl in Raab.

Neue Bierpreise. Am 17. Oktober folgende Bierpreise: 10prozentiges Lagerbier das Glas zu 0,3 Str. 70 Mill., die Flasche zu 0,5 Str. im Wiederverkauf über die Straße 120, die Flasche zu 0,7 Str. 165 Mill. Spezialbier das Glas zu 0,3 Str. 90 Mill., die Flasche zu 0,5 Str. im Wiederverkauf über die Straße 185 Mill. Flaschenband 100 Mill.

Die Wiederverwendung gebrauchter Briefumschläge mit durchgestrichener Aufschrift hat zu erheblichen Unzutrefflichkeiten im Dienstbetrieb geführt. Infolge der vielfach recht mangelhaften Durchstreichung der alten Aufschrift sind häufig Fehlleitungen und unrichtige Zustellungen vorgekommen und als Folge davon unliebsame Weigerungen entstanden. Mit Rücksicht darauf können gewöhnliche Briefsendungen, auf deren Umschlägen die erste Aufschrift usw. durchstrichen und durch eine zweite Aufschrift — sei es auf der Vorder- oder Rückseite — ersetzt ist, künftig zur Postbeförderung nicht mehr zugelassen werden. Derartige Sendungen sind den Absendern unter entsprechender Verständigung zurückzugeben. Es ist dabei dagegen weiterhin gestattet, gebrauchte Briefumschläge zwecks Wiederverwendung zu wenden oder so zu überkleben, daß die alte Aufschrift und die früher verwendeten Marken, Stempel, Zettel usw. vollständig verdeckt sind.

Schramberg, 16. Okt. (Ztbl. Unglücksfall.) In einem Anfall von Epilepsie stürzte am Samstag nacht der 27 Jahre alte lebige Eäger Matthias Finkbeiner von Waltersbrunn in den Mühlkanal und wurde am Sonntag nachmittag bei der Brücke an der Realschule als Leiche aus dem Wasser gezogen.

Stuttgart, 17. Okt. (Aus dem Finanzausschuß.) Der Finanzausschuß des Landtags genehmigte gegen die Stimmen der Sozialdemokratie eine Planüberreichung beim Nachrichtendienst der Polizei mit 1 Milliarde 288 000 000 RM. bis 1. Oktober und für den Rest des Etatsjahres mit 540 Goldmark. Nach Behandlung verschiedener Eingaben teilte der Minister des Innern anlässlich einer Eingabe wegen Zuweisung von Bauholz mit, daß seit Oktober vorigen Jahres mit zugezogener staatlicher Unterstützung in Württemberg der Bau von 3806 Wohnungen begonnen und davon 2333 nahezu oder ganz fertiggestellt wurden. 665 sind im Rohbau fertig, 698 noch im Innenaufbau begriffen und 121 erst so weit erstellt, daß sie nicht mehr beendet werden können. Eine Fortsetzung des Wohnungsbaus ist lediglich von den vom Reich gewährten Zuschüssen abhängig. Zum Schluß wurde das Ernährungs- und das Finanzministerium ermächtigt, Bürgschaften für die Kommunalverbände zur Sicherstellung der Kartoffelversorgung und zu Getreidekäufen zu übernehmen. Einer von sozialdemokratischer Seite gegebenen Anregung, Maßnahmen zur Rasenpreissenkung in den Städten zu treffen, soll nachgegangen werden.

Die Bezüge der Beamten. Die Mehrgalt für die Bezüge (Grundgehalt, Grundvergütung, Orts- und Kinderzuschlag) der planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten beträgt für die Zeit vom 17.—24. Oktober 63 000. Die Mehrgalt für die örtlichen Sonderzuschläge ist für den gleichen Zeitraum erhöht worden in Stufe 1 auf 630, in Stufe 2 auf 2205, in Stuttgart auf 3780. Auch die Bezüge der Wartegelds- und Ruhegehaltsempfänger, der Beamtenhinterbliebenen und der Unterhaltungsempfänger sind dementsprechend umzurechnen. Für die Zeit vom 17.—24. Oktober (3. Monatsviertel)

Die Karte nachgewiesen. In der Karte sind die Sonderzuschläge das 14 000fache, an Orten mit örtlichem Sonderzuschlag nach der Stufe 1 das 14 140fache, nach der Stufe 2 das 14 490fache und in Stuttgart das 14 840fache der Grundbezüge. Auf diese Nachzahlung ist die am 13. Oktober angeordnete Nachzahlung anzurechnen.

Bloddingen, 17. Okt. (Luftmord.) Der 34jährige ledige Sohn des Bauern Luz in Kirchheim stellte sich der hiesigen Polizei und gestand, am selben Nachmittag das bei dem Kommerzienrat Ricker bedienstete Mädchen in sein väterliches Haus gelockt, dort ermordet und sich an der Leiche vergangen zu haben. Der Täter ist der Sohn achtbarer und begüterter Bauernleute von Kirchheim und scheint durch krankhafte Veranlagung zu dem Verbrechen getrieben worden zu sein.

Heilbronn, 17. Okt. (Messerheld.) Nach einem Verwechsel vor der Wirtshaft Zur Redarluft hat der 20 Jahre alte, ledige Schlosser Wilhelm Schaaß von Redarluft einem 34jährigen Arbeiter mehrere lebensgefährliche Stiche in den Unterleib beigebracht. Der Täter ist festgenommen.

Ereglingen, 17. Okt. (Hafenhamster.) Ein Heidelberger hat sich 16 Hagen zusammengesucht. Auf dem Bahnhof wurden aber die Bierfässer durch den Landjäger beschlagnahmt, da der Käufer keine Handelsreisende hatte. Die Hagen kamen hier zum Verkauf. Der Sonntagstraßen fand dankbare Liebhaber.

Aus der Geschichte der Kartoffel.

Die Kartoffel, das „Brot der Armen“ genannt, wird für uns fast noch wichtiger als das eigentliche Brot. Die Einbürgerung der Kartoffel bietet ein lehrreiches Beispiel dafür, wie lange der Mensch aus Vorurteilen heraus sich gegen sein eigenes Bestes sträubt und wie er dazu gezwungen werden muß. Der erste, der diese „indianische Knolle“ nach Deutschland brachte, war der berühmte Botaniker Linnaeus; er hielt die Pflanze, die er 1588 aufspürte, für die von dem antiken Schriftsteller Theophrast erwähnte Arachidna und gab 1591 von ihr die erste Beschreibung. „Die erste Kenntnis dieser Pflanze“, schreibt er, „verdankte ich Philipp v. Sieben, dem Präfecten von Bergen in Belgien, der mir zu Anfang des Jahres 1588 zwei Knollen dieser Frucht nach Wien schickte. Er selbst hatte sie, wie er mir mitteilte, von einem Freund des päpstlichen Gesandten in den Niederlanden im Jahre vorher unter dem Namen Taractissi erhalten. Woher diese Frucht zuerst zu den Italienern gekommen ist, wissen wir nicht; gewiß ist aber, daß sie dieselbe entweder aus Spanien oder unmittelbar aus ihrem Heimatlande Amerika bekommen haben. Zu verwundern ist es aber, daß, während der Gebrauch dieser Frucht in einigen Gegenden Italiens so häufig sein soll, daß man die Knollen mit Hammelfleisch gekocht wie Rüben oder Pastinaken kocht, ja sogar den Schweinen zum Futter gibt, die Kenntnis dieser Pflanze zu uns so spät gekommen ist. Jetzt aber ist sie in den meisten Gärten Deutschlands ziemlich allgemein, zumal sie so fruchtbar ist.“ Diese Angabe des Linnaeus über die allgemeinere Verbreitung der Kartoffel bezieht sich aber nur auf ihr Vorhandensein unter den Seltenerheiten der botanischen Gärten. In weiterer Volkstreuze war die Kartoffel damals noch lange nicht gedungen. Erst die schwere Not der Kriege, die von Hungersnöten und Elend aller Art begleitet war, bürgerliche die Kartoffel in Deutschland ein. Die ersten größeren Anpflanzungen erfolgten im Zusammenhang mit dem 30jährigen Kriege. Spanische, niederländische und italienische Offiziere bringen sie um 1640 nach Süddeutschland, nach Weßfalen und Niedersachsen. 1647 wird sie in Braunschweig, 1648 im Kirchenbuch der hiesigen Gemeinde Vieberau zum erstenmal erwähnt. In einzelnen

und sie mich auch, uns bringen zehn Köpfer mit auseinander. Will der Vater Feindschaft halten mit dem Groß-Heider, so ist das seine Sach — mich geht's nig an.“

Es war, als hätte der Bauer nur auf eine Gelegenheit gewartet, um seinem inneren Groll Luft zu machen.

Jörnig fährt er auf, schilt auf den Groß-Heider, den Sohn, die Rosel, die „verdammten Vi-besgeschichten“ und findet gar kein Ende. Knirschend mengt sich die Bäurin ein, höhnisch die Schwiegern, geringschäßig Stasi.

Und alles gipfelt darin: die Rosel muß lassen, wir wollen sie nit, wir wollen überhaupt keine solche „Bäuerische“ in unserer Familie...

Der Hans sieht verwundert von einem zum andern und weiß nicht, soll er lachen oder sich ärgern. Verstehen kann er's absolut nicht, was sie alle haben gegen die Groß-Heiderchen.

Endlich sagt er gelassen: „Ewig nit laß ich von der Dien! Wär grad so, als müßt ich die Heimat da verlassen...“ und leicht bracht ich das noch eher zuwege. Gute Nacht alle miteinander!“

Damit verläßt er die Stube. Verblüfft sehen sie ihm nach, bis die Bäurin leichthin sagt: „Ach was, er wird sich schon drein geben! Was will er denn auch machen, wenn wir nit nachgeben?“

III.

Überall in und um St. Lorenzen war der Hochzeitsbitter umgegangen und hatte zur Hochzeit der ehelichen Jungfrau Martina Konstantia Anastasia Oster eingeladen, die am dritten Sonntag in Juni, dem heiligen Moissustag, mit dem Herrn Ferdinand Bödel in den heiligen Ehestand treten wolle.

Nur am Tullnerstadel war er vorübergegangen. Spöttisch schmunzelnd sah ihm der Groß-Heider nach, als er mit seinem blumengeschmückten behänderten Hut vorüberhuschte, ohne zuzusprechen.

„Sagt, Beva,“ sagt er dann über die Achsel zurück in die Küche hinein, wo ein eckiges Weiblein am

Herd hantierte; „seht glaubt der Verbauer, er hält nit ein rechten Trumpf ausgespielt, daß er uns nit einladet zur Hochzeit, dieweil gar keins von uns hingegangen wär, und wenn er uns vierspännig hätt holen lassen! Denn die giftigen Reden, die seine Deut über uns aufbringen, die merke ich ihm auf, bis in meine Sterbfund! Sein Hans hätt meine Dien sitzen lassen... erzählen sie sich!“

„Du mein,“ antwortet die Beva gelassen, „die Deut reden gar viel. Deswoegen bleibt der Hans doch ein ordentlicher Bub, und alles geht von der Veräurin aus, die's dir nie vergessen kann, daß du sie dazumal nit mögen hast, wie sie so närrisch hinter dir her war!“

Der Hochzeitsbitter war das einzige von heimischen Gebräuchen, was der Verbauer bei den Seinen durchgesetzt hatte. Im übrigen sollte es durchaus keine „Bauernhochzeit“ werden, sondern eine ganz noble, städtische.

Kein Böllergekrach am Hochzeitsmorgen, kein „Brautzug“ oder „Brautheulen“, kein „Wegvercrammeln“ und vor allem nicht das übliche dunkle Brautkleid mit dem feinen gemachten Kränzlein im Haar.

Schneeweiß mit langem Schleier und frischen Myrten geschmückt wie eine „Städtische“, fährt Martina zur Städtkirche. Die „Herren“ alle schwarz gekleidet, des Bräutigam und Schwiegervater mit Zylinder.

Der Herr Dechant selbst nimmt die Trauung vor, das hat die Stasi glücklich durchgesehen. Nachher geht's zur Tafel ins Wiesenwirtschhaus, die geschlossene drei Stunden dauert und bei der es sogar echten Champagner gibt — wieder etwas, das die Stasi durchgesehen hat.

Und nach der Tafel wird gefest im großen Saal Ganz St. Lorenzen schaut bewundernd zu.

Während alles durcheinander wiebelt brumt Klang der Weigen und Blasinstrumente, sitzt der Verbauer verdeckt in einem Winkel des Nebenzimmers und brüht vor sich hin.

(Fortsetzung folgt.)



gehoben in die Wohnung an bestimmte Personen verteilt. So soll ein Bauer aus dem Dorfe Selb im Vogtland, Hans Högler, um das Jahr 1650 die Kartoffel nach seiner Heimat gebracht haben, nachdem er sie in England kennen gelernt.

Ehrliche einflussreiche Großgrundbesitzer, Offiziere, die durch den Krieg den Wert der Pflanze erkannt hatten, gingen in den rauhesten und unfruchtbarsten Teilen des Erzgebirges mit dem Anbau voran. In den fruchtbarsten Teilen Sachsens aber wurde die Kartoffel noch nicht im Jahr 1730 als „vogtländische Knolle“ verachtet, und die Landgeistlichen, die sich um ihre Einführung bemühten, wurden als Knollenprediger verspottet. 1757 wird in den „Dresdener Anzeigen“ die Frucht als „großer Segen Gottes“ angepriesen. Württemberg erhielt die ersten Kartoffeln zu Anfang des 18. Jahrhunderts durch den Badenser Seignoret, der sich überhaupt um die Verbreitung der Pflanze bei den Badensergemeinden in Deutschland sehr verdient machte. Er hatte den großen Wert der Kartoffel für die Volksernährung auf einer Reise nach Irland kennen gelernt, und die „Badenserknollen“ wurden nun überall in Württemberg, Baden und der Rheingegend verbreitet. Zunächst begegnete man der Pflanze mit größtem Mißtrauen, hielt sie für schädlich und benutzte sie nur als Viehfutter. Noch 1777 verbot die Hildbronner Stadträte, den Kindern Erbsen zu geben, weil sie davon die Mattern bekämen. Erst die großen Teuerungsjahre 1771 und 1772 machten den Kartoffelanbau in Württemberg allgemeiner. Nach Baden kam die Kartoffel zuerst 1740 durch einen armen Holzhaue Anton Rindenschwender, der sich in dem württembergischen Dorf Vörsenau verdingt hatte und Kartoffeln als Nahrung erbielt. Er pflanzte sie im badischen Nurgale und wurde der Verbreiter des Kartoffelbaues, der ihm großen Reichtum und hochs Ansehen brachte. In der Carl Brandenburg geschah der erste Anbau der Kartoffel um 1730 durch eingewanderte Pfläzler und wurde dann mit Gewalt durch Friedrich Wilhelm I. verbreitet, der 3. B. die Kranken in der Charité zu dieser Nahrung zwang. Die allgemeine Einbürgerung in Preußen und Schlefien geschah durch Friedrich den Großen, der dadurch die Bevölkerung während der Hungerjahre des Siebenjährigen Krieges tatsächlich vom Hungertode errettete. Doch mußte Friedrich noch 1763 den schlesischen Landwirtschaftskammer beschließen, „durch Dragoner darauf zu wiggieren, daß die Bauern Kartoffeln pflanzen“. Ebenso zwang er in Pommern und Westpreußen die Bauern zum Anbau der nützlichen Frucht, die dann im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts so ziemlich in ganz Deutschland eingeführt war.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Der Präsident der Rentenbank. Der ehemalige preussische Finanzminister Dr. Benke ist zum Präsidenten der Rentenbank vorgeschlagen worden.

Massen-Sündigungen in Dönan. Da das Städtchen Dönan der Badischen Anilin- und Sodafabrik seit seiner Besetzung durch die Franzosen stillliegt, ist wegen der Einstellung der Ruhehilfe der gesamten Bevölkerung gefürchtet worden.

Der Streik in Ostoberschlesien beendet. Der Streik in Polnisch-Oberschlesien kann als beendet betrachtet werden. Die Arbeit ist aufgenommen.

Eisenbahnunglück in Mährisch-Odrau. Bei dem Zusammenstoß zweier Personenzüge bei Mährisch-Odrau sind beide Züge fast vollständig zertrümmert worden. Man zählt sechs Tote und zehn Schwerverletzte.

Todesurteile für die Mörder Santos. Aus Madrid wird gemeldet: Die Mörder des Ministerpräsidenten Dato, Rabeo und Nicolau, die seinerzeit von Deutschland an Spanien ausgeliefert worden sind, sind zum Tode verurteilt worden. Die Mitangeklagten wurden freigesprochen.

Buntes Allerlei.

Es regnet Ameisen. Ein Millionenregen von geflügelten dickerfüßigen Ameisen ist in diesen Tagen über den im Pfälzischen gelegenen Ort Unkenbach niedergegangen. Der Wanderzug dieser Tiere ging von Osten nach Westen und bewegte sich in einer Breite von ein paar hundert Metern über das Dorf hin. Die ganze Luft war in der Dichte schwärzender Bienenwölfer mit ungezählten Ameisen angefüllt, die sich anscheinend aus Mähdigkeit in dem Dorf zur Erde niederließen. Hier erlitt sie aber die Kemeis in Gestalt der Dorfshühner, die sie teils mit gereckten Hälsen aus der Luft aufspideten oder vom Erdboden auflesen.

38 Postdiene unter Auflage. In Berlin begann am Montag ein Riesenprozeß gegen 38 Angeklagte, zum größten Teil unter Postbeamte, die monatelang auf dem Postamt Wilmersdorf wertvolle Briefe und Pakete gestohlen und mit den Waren und Devisen förmlich Handel an den hatten.

Ein Mädchen, das zweimal starb. Ein Fall, bei dem ein Kind während einer Operation starb und dann wieder ins Leben zurückgebracht wurde, wird von dem englischen Arzt Violet Winifred Leonard in einem Fachblatt berichtet. Das Kind, ein Mädchen, war bereits verschiedene Male operiert worden. Während einer Operation im Londoner St. George-Hospital setzte plötzlich der Herzschlag aus und das Mädchen starb. Das Herz wurde nun mit der Hand massiert und begann wieder zu schlagen. Zuerst schwach und unregelmäßig, dann stärker und regelmäßig. Auch die Atmung setzte wieder ein. So lebte die Kranke noch 45 Minuten. Als sie dann aber in ihr Bett zurückgebracht wurde, starb sie zum zweiten Male. Das Mädchen litt an einer Schwächung des Körpers, die von einer Vergrößerung der Brustdrüse begleitet war. Personen, die an dieser Krankheit leiden, können ganz plötzlich sterben. Die Kranke soll nach der Aussage Leonards einige Zeit tot gewesen sein, bevor das Herz wieder zum Schlagen gebracht wurde.

Die neuen Postgebühren.

„Ausgeschneiden und aufbewahren!“
Die wesentlichen Gebühren im Post- und Postfachverkehr, die vom 20. Oktober 1923 an innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:
Postkarten: Im Ortsverkehr 2 Millionen Mk., im Fernverkehr 4 Mill.
Briefe: Im Ortsverkehr bis 20 Gr. 4 Mill., über 20-100 Gr. 6 Mill., über 100-250 Gr. 10 Mill., über 250-500 Gr. 12 Mill.; im Fernverkehr bis 20 Gr. 10 Mill., über 20-100 Gr. 14 Mill., über 100-250 Gr. 18 Mill., über 250-500 Gr. 22 Mill.
Für nicht oder unzureichende freigemachte Postkarten und Briefe wird das Einhalbfache des Höchstbetrags, unter Aufrechnung auf eine durch 1000 teilbare Marksumme, nachgehoben.
Druckfachen: Bis 25 Gr. 2 Mill., über 25-50 Gr. 4 Mill., über 50-100 Gr. 6 Mill., über 100 bis 250 Gr. 10 Mill., über 250-500 Gr. 12 Mill., über 500-1000 Gr. 15 Mill., über 1-2 Kilogramm (nur für einzeln versandte ungeteilte Druckbände zulässig) 18 Mill.
Blindenbrillen: Sendungen bis zum Reistgewicht von 5 Kg. 1000 Mk.
Geschäftspapiere und Mißsendungen: Bis 250 Gr. 10 Mill., über 250-500 Gr. 12 Mill., über 500-1000 Gr. 15 Mill.
Warenproben: Bis 100 Gr. 6 Mill., über 100 bis 250 Gr. 10 Mill., über 250-500 Gr. 12 Mill.
Nicht freigemachte Druckfachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert. Für unzureichend freigemachte Sendungen dieser Art wird das Einhalbfache des Höchstbetrags, unter Aufrechnung auf eine durch 1000 teilbare Marksumme, nachgehoben.
Päckchen: Bis 1 Kg. 20 Mill.
Pakete in der 1. Zone

Kilometer	1. Zone	2. Zone	3. Zone
bis 3 Kg.	25 Mill.	50 Mill.	50 Mill.
über 3-5 "	35 "	70 "	70 "
" 5-6 "	40 "	80 "	120 "
" 6-7 "	45 "	90 "	135 "
" 7-8 "	50 "	100 "	150 "
" 8-9 "	55 "	110 "	165 "
" 9-10 "	60 "	120 "	180 "
" 10-11 "	70 "	140 "	210 "
" 11-12 "	80 "	160 "	240 "
" 12-13 "	90 "	180 "	270 "
" 13-14 "	100 "	200 "	300 "
" 14-15 "	110 "	220 "	330 "
" 15-16 "	120 "	240 "	360 "
" 16-17 "	130 "	260 "	390 "
" 17-18 "	140 "	280 "	420 "
" 18-19 "	150 "	300 "	450 "
" 19-20 "	160 "	320 "	480 "

2. Zone 30 Mill., 3. Zone 30 Mill.
Sendungen: Für Briefsendungen (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung (bei unversiegelten Wertpaketen wird die Einschreibgebühr aber nicht erhoben) und die Beförderungsgebühr, die beträgt bei Wertbriefen und versiegelten Wertpaketen: für je 10 Millionen Mk. der Wertangabe oder einen

Teil von 10 Millionen Mk. 200 000 Mk., bei unversiegelten Wertpaketen (zugelassen bis 5 Millionen Mk.): 100 000 Mk.
Postanweisungen: Bis 100 Mill. 3 Mill., über 100-500 " 6 " " 500-1000 " 10 " " 1000-5000 " 15 " " 5000-10000 " 20 " " 10000-20000 " 40 "

Der Reistbetrag ist von 10 Milliarden Mk. auf 20 Milliarden Mk. erhöht worden.
Einschreibgebühr: Die Einschreibgebühr ist auf 10 Mill. Mk., die Vorzugsgebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 5 Mill. festgesetzt.
Die Einziehungsgebühr für Nachnahmen und Postaufträge von 1 von jedem angefangenen Tausend der eingezogenen Beträge bleibt unverändert, Mindestbetrag 1000 Mk. Aufrechnung überschüssiger Beträge auf volle 1000 Mk. Die Einziehungsgebühr wird von dem eingezogenen Betrag abgezogen und muß daher unter Umständen bei der Nachnahme- oder Auftragssumme von dem Absender berücksichtigt werden.
Sitzuzeitung: Bei Vorauszahlung sind zu entrichten für eine Briefsendung nach dem Ortszustellbezirk 20 Mill., nach dem Landzustellbezirk 60 Mill., für ein Paket nach dem Ortszustellbezirk 30 Mill., nach dem Landzustellbezirk 80 Mill.
Die Zuschlagsgebühr für jede postlagernde Sendung beträgt 500 000 Mk.
Zahlsarten (bar eingezahlt):

bis 100 Mill. Mk. einschl.	1 Mill. Mk.
über 100-500 " "	2 " "
" 500-1000 " "	3 " "
" 1000-5000 " "	4 " "
" 5000-10000 " "	5 " "
" 10000-20000 " "	10 " "
" 20000 " "	unbeschr. 20 " "

Für bargeldlos beglichene Zahlsarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 5 Mill. Mk. für eine Zahlsarte; für Kassenschecks, die bargeldlos beglichen werden, 1/2 vom Tausend des Scheckbetrags, für Vorauszahlungen mit Postcheck 3 vom Tausend des Scheckbetrags, Mindestgebühr 1000 Mk., Reistbetrag eines Postchecks 100 Millionen Mk., telegraphische Zahlsarten, Ueberweisungen und Postchecks je 40 Millionen Mk.
Stellungsbereich der Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen und Postanweisungen: Die Inlandsgebühren gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen), ferner nach dem Gebiet der freien Stadt Danzig, wozu auch Pakete zu den Inlandsgebühren zusätzlich einer Zuschlagsgebühr von 50 Cent (außer bei Paketen aus Ostpreußen) verpackt werden können. (Für Pakete nach dem Saargebiet besondere Gebühren.) Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg, Memelgebiet und Oesterreich. (Päckchen nach Luxemburg und Oesterreich nicht zugelassen.)
Auslandsgebühren: Die Auslandsgebühren betragen vom 20. Oktober 1923 an: für Postkarten 18 Mill., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 14 Mill.; für Briefe bis 20 Gr. 30 Mill., jede weiteren 20 Gr. (Reistgewicht 2 Kg.) 15 Mill., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 29 Gr. 24 Mill., jede weiteren 20 Gr. 15 Mill.; für Druckfachen für je 50 Gr. 6 Mill. Mk.

Handel und Verkehr.

Dollarstand am 17. Oktober:

Berlin 5 486 250 000 G. 5 513 750 000 Br.
Frankfurt 6 084 750 000 G. 6 115 250 000 Br.
1 Goldmark = 1 309 323 809 (976 192 476) Papiermark.
Amst. Berliner Zeitungsliste vom Mittwoch, 17. Okt.:

Amsterdam	2 154 600 000 G., 2 165 400 000 Br.
Brüssel	291 270 000 G., 292 730 000 Br.
Christiania	849 870 000 G., 854 130 000 Br.
Kopenhagen	967 575 000 G., 972 425 000 Br.
Stockholm	1 450 365 000 G., 1 457 635 000 Br.
Italien	251 370 000 G., 252 630 000 Br.
London	24 937 500 000 G., 25 062 500 000 Br.
Paris	333 165 000 G., 334 835 000 Br.
Schweiz	986 527 500 G., 991 477 500 Br.
Spanien	748 125 000 G., 751 875 000 Br.
Deutsch-Oesterreich	77 306 G., 77 694 Br.
Prag	163 590 000 G., 164 410 000 Br.
Buenos Aires	1 755 600 000 G., 1 764 400 000 Br.

Dollarschatz 6 500 000 000.

Wirtschaftszahlen vom Mittwoch:

Goldzollaufgeld (17.-19. Okt.) 107 999 999 900 v. S.
Goldfranken 20 Franken = 13 800 Millionen.
Goldankaufspreis 1 Kilogramm = 640 Dollar.
Silberankaufspreis 100 000 000fach.
Stuttgarter Index (15. Okt.) 576 178 502fach.
Großhandelsindex (9. Okt.) 307 400 000fach.
Einfuhrwareindex 395 900 000fach.
Inlandswareindex 289 800 000fach.
Industriestoffe 536 400 000fach.
Personenverkehrsindex (ab 18. Okt.) 600 Millionen.
Güterverkehrsindex (ab 18. Okt.) 1000 Millionen.
Goldumrechnungsfuß f. Steuern (17./19.) 1080 Mill.
Buchhändlergeschäftszahl 1100 Millionen.
Buchdruckergeschäftszahl 35 Millionen.
Beitungsanzeigengeschäftszahl 600 000.

Amst. Berliner Produktionsnotierungen vom 17. Okt. (In Millionen): Weizen, märk. 9300-9600, feigend, schlef. 9000-9400, feigend; Roggen, märk. 8400 bis 8900, feigend, schlef. 8300-8800; Gerste, Sommergerste 7500-8000; Haber, märk. 6300-6500; Weizenmehl 24 000-28 000, feigend; Roggenmehl 23 000 bis 26 500; Weizenkleie 2300-3000; Roggenkleie 2500 bis 3000; Raps 15 000-16 000; Viktorinerbisen 22 000 bis 25 000; keine Seifebisen 17 000-20 000; Rapsöluchen 5500-6000; Terpentine 1200.

Stuttgarter Börse, 17. Okt. Die Möglichkeiten, welche für die Höherbewertung der Effekten bei der Einführung der neuen Währung in Aussicht stehen, brachten eine solche große Anzahl Käufer an den Markt, daß die Kurse wieder das 2-fache der Montagsbörse erreichten. Es mag zu dieser Erhöhung zweifellos auch weiter beigetragen haben, daß während der Börsenstunden der Dollar mit 5,5-6,5 gemeldet wurde, weshalb die Spekulation in starkem Maße käufe anmeldete. Wir erwähnen Anilin 33 000 (+ 8000), Belfer 1300 (+ 500), Zement Heideberg 12 000 (+ 6000), Feinmechanik 50 000 (+ 34 000), Min-Rottweil 25 000 (+ 14 000), Maschinen Gillingen 15 000 (+ 12 500), Stuttgarter Zucker 9500 (+ 5800), Weag 14 000 (+ 9000). — Im Freiverkehr war es in gleicher Weise bestreben sowohl des Publikums als auch der berufsmäßigen Spekulation, alles verfügbare Effektenmaterial zu beliebigen Kursen wahllos zu erwerben.

Hopfen. In Rottenburg beträgt der Preis für 1 Ztr. Hopfen zurzeit 120-150 Milliarden Mk.

Crailsheim, 16. Okt. Dem Schweinemarkt waren 24 Käufer und 427 Milchschweine zugeführt. Preis pro Paar 14-30 bzw. 3-9 Milliarden Mk.

Kirchheim n. T., 16. Okt. Zufuhr 130 Mill. und 15 Käufer für Schweine. Erlös 12-15 bzw. 25-30 Mill. Mark das Stück.

Herbstnachrichten.

Mundelsheim. Die Lese geht zu Ende. Der Ertrag ist nach Menge besser als erwartet. Es wurde beschloffen, das durchweg gute Erzeugnis zu 240 bis 280 Goldmark anzubieten. Bis jetzt kein fester Kaufpreis.

Veisheim. Lese beendet. Qualität sehr gut. Verkauf zu 250-265 Goldmark pro Eimer (300 Lit.) abgeschlossen. Vieles wird eingekesselt.

Sönnigheim. Die Lese geht zu Ende. Ertrag 2500 Hektoliter = einem Viertelherbst. Für 1 Eimer werden 200 Goldmark gefordert.

Elebronn. Lese in vollem Gang. Menge befriedigend, Güte gleich dem 1921er. Die Nachfrage ist reg, doch wurde bis jetzt nur ein Kauf zu 200 Goldmark abgeschlossen.

Weinberg. Einzelne Käufe zu 15 Ztr. Weizen pro 300 Lit. Wein.

Fein. Weinlese im Gange. Die Weinberge liefern ein ausgezeichnetes Gewächs. Eine Weingärtnerversammlung setzte den Preis auf 250 Goldmark fest. Ein Teil des Erzeugnisses der der Weingärtnergesellschaft angeschlossenen Weingärtner wird kurz nach Beendigung der Weinlese zur Verfeinerung kommen.



Freudenstadt, 17. Okt. (Holzerl.) Bei dem gestrigen Stammholzverkauf der Waldinspektion Freudenstadt im Wege der schriftlichen Submission wurden nur zwei Offerte abgegeben. Die Angebote bewegten sich zwischen 81 und 107 Proz. der auf Goldmark lautenden Fortpreise. Nachdem ein Nachgebot erfolgt war, wurde für vier Lose, die ungünstige Abfahrverhältnisse haben, mit 108 Proz. der Zuschlag erteilt; für die weiteren 5 Lose wurde der Zuschlag verweigert.

Spiel und Sport.

Polawettspiel in Weitingen O./N. Nord. Am vergangenen Sonntag trafen sich wiederum 7 Mannschaften des Rasensports, um sich im edlen Weitsport um den Pokal zu messen. Von den meisten Vereinen wurde glänzendes geleistet und jeder zeigte sein äußerstes Können. Die Ausschreibungen gingen jedoch rasch vorwärts, und das Schlussspiel hatten wir mit Mühlen a/N. zu bestreiten, bei welchem der Sportverein Klittenfeld den Sieg errang und ihm der Lorbeerkrone von dem Vorstand des festgebenden Vereins überreicht wurde.

Letzte Nachrichten.

„Möglichst rasche“ Verhandlungen mit Demischland.

WTB. Paris, 18. Okt. Die Havasagentur veröffentlicht folgende offenbar beeinflusste Mitteilung: Der deutsche Geschäftsträger, Votschastat von Hösch, hat gestern Vormittag eine mündliche Mitteilung dem Ministerpräsidenten Poincaré gemacht, zu der ihn seine Regierung ermächtigt hätte. Die Unterredung hat 40 Minuten gedauert. Der Vertreter der deutschen Regierung hat Poincaré von seinen ausführlichen Instruktionen Kenntnis gegeben, die er von Berlin erhalten hatte. Darin wurden hauptsächlich die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage Demischlands geschildert. Herr von Hösch sprach allabendlich über die Frage der Sachlieferungen, und über die Mittel, aus denen diese Lieferungen bezahlt werden sollten. Poincaré bemerkte darauf, daß er augenblicklich diese Frage nicht diskutieren könne. Der Reichskanzler habe öffentlich mitgeteilt, daß die deutsche Regierung den Industriellen ihre Lieferungen nicht bezahlen könne. Nach Ansicht der französischen Regierung könne eine Diskonkurrenz mit der deutschen Regierung dann aufgenommen werden, nachdem in den besetzten Gebieten das normale Regime, wie es vor dem 11. Januar bestanden habe, durch die Wiederannahme der Sachlieferungen und der Arbeit wiederhergestellt sei. Wenn diese Bedingungen einmal erfüllt seien, könnten möglichweise (!) Verhandlungen zwischen Deutschland

und den Alliierten eingeleitet werden. In diesem Augenblick behändere die deutsche Regierung nicht, eine Note an die Reparationskommission zu richten, wenn sie diesen Weg vorgehe. Die Mitteilung wurde geprüft. Herr von Hösch hat auch Poincaré über technische Fragen unterrichtet, die die Einziehung der Kohlensteuer und die Instruktionen an die Beamten betreffen. Er hat über diesen Gegenstand Schriftstücke zurückgelassen, die von den zuständigen Stellen im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten geprüft werden.

Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel hat zu Beginn des gestrigen Nachmittags einen ähnlichen Schritt unternommen bei dem Außenminister Jaspard. Der belgische Minister hat den französischen Geschäftsträger über den Inhalt der Demarche unterrichtet. Auch in Paris ist der belgische Votschastat vom Dual d'Orsay entsprechend unterrichtet worden. Minister Jaspard hat dem deutschen Vertreter eine mit der Erklärung Poincarés übereinstimmende Antwort erteilt.

Die Kohlenlieferungen an Belgien.

WTB. Brüssel, 18. Okt. (Agence Belge.) Der deutsche Geschäftsträger sprach gestern im Ministerium des Auswärtigen vor, wo er dem Minister des Auswärtigen mitteilte, daß die deutsche Regierung den Eisenbahnen die Befreiung erteilt habe, die Arbeit wieder aufzunehmen. Er fügte hinzu, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands die Erhebung der Kohlensteuer unumgänglich mache. Die deutsche Regierung würde die größten Schwierigkeiten haben, den Industriellen die Kohlen zu bezahlen, die sie Belgien liefern würden. Der Minister antwortete, die Zahlung geht die deutschen Industriellen und ihre Regierung an. Belgien werde die ihm gelieferten Kohlen auf keinen Fall bezahlen.

Vom besetzten Gebiet.

WTB. Düsseldorf, 18. Okt. Aus den bisherigen Verhandlungen, die die Handelskammer des besetzten Ruhrgebiets mit den Besatzungsbehörden und der Kontrollkommission der Häften- und Bergwerke führt, wird bekannt, daß die Zentralstelle für Ein- und Ausfuhrbewilligung ihren Sitz weiter in Essen behalten soll, während für das allbesetzte Gebiet das Ein- und Ausfuhramt in Bad Ems zuständig ist. Die Besatzungsbehörden erklärten sich damit einverstanden, daß im Ruhrgebiet seitens der Handelskammern fakultative Vorprüfstellen eingerichtet werden, wie sie im allbesetzten Gebiet bestehen. Die Besatzungsbehörden hielten an der Forderung fest, daß die Ein- und Ausfuhr in Devisen bezahlt werden müssen.

Im Zeichen der Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet.

WTB. Essen, 18. Okt. Der gestrige Tag stand im Zeichen der Arbeitsaufnahme der Post- und Eisenbahnbeamten

im Ruhrgebiet. Die Aufnahme der Arbeit auf den Fernsprech- und Telegraphenämtern in Essen erfolgte gestern Mittag. Die Aufnahme des Verkehrs kann aber erst in einigen Tagen erfolgen, da vorher noch größere Ausbesserungsarbeiten vorgenommen werden müssen. Die Fernsprechämter in Dortmund, Mülheim und Duisburg begannen gestern gleichfalls mit der Arbeit. Gemäß den Anweisungen des Reichsverkehrsministeriums erfolgte gestern im Ruhrgebiet auch die Bildung der Beamten für den Regiedetrieb. Der Vorschlag der Essener Eisenbahnergewerkschaft, daß die Meldung zur Arbeit listenweise unter Vermittlung einer Kommission erfolgen solle, wurde von der Regiesverwaltung in Essen zurückgewiesen, während in Dortmund die listenweise Einstellung angenommen wurde. In Essen waren die Vorbereitungen der Regie zur Anmeldung der Eisenbahner nicht ausreichend. Es wurde dies damit entschuldigt, daß nicht genügend Formulare vorhanden seien. Gestern wurden nur Eisenbahner zur Meldung vorgelassen, die im besetzten Gebiet geboren sind. Auch bezüglich der Anmeldestellen herrscht innerhalb der Regie Unklarheit. Während die Eisenbahner aus Steele und Ruppelbush nach Essen verwiesen wurden, fanden in anderen kleinen Orten Anmeldungen nach Ausfüllung des Fragebogens statt. Nach der Ausfüllung des Fragebogens wurden die Eisenbahner wieder entlassen, da ihnen die Mitteilung, wann und ob sie eingestellt werden, von der Regie erst zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben wird. Nachdem die Bergarbeiter bereits vor einiger Zeit die Förderung wieder aufgenommen, haben jetzt auch die Eisenbahn- und Postbeamten den Beweis ihres Willens zum Wiederaufbau des Ruhrgebietes gegeben. Die Hauptträger des passiven Widerstandes verschlossen sich nach schweren, opferreichen Monaten im Einklang mit Richtlinien der Reichsregierung den Notwendigkeiten der Stunde nicht.

Die Sozialdemokraten und der Belagerungszustand.

WTB. Berlin, 17. Okt. Der „Vorwärts“ hat der sozialdemokratische Parteivorstand heute über den militärischen Belagerungszustand und die durch ihn geschaffenen Zustände in den Einzelstaaten beraten. Der Parteivorstand ist dabei einmütig zu der Überzeugung gelangt, daß die schnelle Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes notwendig ist, um im Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten die Rechtsgleichheit wiederherzustellen.

Der amtl. Mißkurs.

WTB. Berlin, 17. Okt. (Mitteilung der Reichsbank.) Der zur Durchführung des Devisennotverordnungs maßgebende amtl. Mißkurs des Dollars ist heute, am 17. 10., 5,5 Milliarden.

Wach aus Berl. der W. Reichst. Nachrichten Klittenfeld.

Postscheck-Konto.
STUTTGART
2772.



Bank-Konto:
Handwerkerbank
Altensteig.

KARL HENSSSLER SENIOR
INH. HEINR. HENSSSLER
Eisenwaren & Werkzeughandlg.
Tischlerartikel
engros
Gegr. 1848

Telefon Nr. 15

Klein-Eisenwaren

Möbelbeschläge

Baubeschläge

Werkzeuge für Holzbearbeitung
• für Hand- und Maschinengebrauch •

Landwirtschaftl. Geräte

Haus- und Küchengeräte

Oefen

Kolonialwaren

Farbwaren

Nichelberg.

Die Gemeinde verkauft am 27. Oktober 1928, nachmittags 2 Uhr auf dem Rathaus

**30 Festmeter
Langholz
(Tannen)**



gegen Bezahlung in Goldmark.

Der Gemeinderat.

**Dezimal-
Brückenwagen
Tafelwagen u. Gewichte
Simrimasse usw.**

empfiehlt

Lorenz Luz jr., Altensteig

Telefon 46.

**Tiroler
Krauthöbel**



**Gurkenhöbel
Kettighöbel
Kettigschneider**



Junger landwirtschaftlicher
Arbeiter

von 16-18 Jahren, kann
sodort eintreten bei
Fuhrunternehmer Bäuerle
Rotendach.

Einen noch sehr gut erhaltenen
**Ueberzieher
und Kinderwagen**

hat im Tausch
= gegen Kartoffel =
preiswert abzugeben. Zu er-
fragen in der G. Lohmstr. 6. St.

Klittenfeld.

**Gebet- und
Predigtbücher**

sind zu haben in der

**W. Rieker'schen
Buchhandlung.**

Jeden Tag

haben Sie Gelegenheit, den
Inseratenteil unserer Schwarz-
wälder Tageszeitung, „Aus den
Tannen“ als Sprachrohr zu
benutzen, anzukündigen, was
Sie zu verkaufen haben, oder
Kauf, Tausch- und sonstige
Gesuche bekannt zu geben.

